

Marktwirtschaft.



Berlin, 26. Juni 2012:
Lang lebe Angela Merkel!



Brüssel, 28. Juni 2012:
Gipfel der Schulden-Union

Zeichnung: Heiko Sakurai

Anmerkung zur Mythologie:

In der griechischen Heldensage obsiegt Herakles, der am Ende auch das unsterbliche Haupt des Ungeheuers abschlägt. Im europäischen Drama dagegen gewinnt die Hydra, die sich nun „Solidarität“ nennt, an Kraft.

- | | |
|---|--|
| <p>02 Europa ist größer als der Euro Editorial von Michael Eilfort</p> <p>03 Ideenwettbewerb Generation-D für Studierende Ausschreibung noch bis zum 29. Juli 2012</p> <p>04 Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen zu Gast in Kronberg 30 Jahre Stiftung Marktwirtschaft & Kronberger Kreis</p> <p>05 SWIFT-Preis für Wirtschaftssatire Jürgen Kaube ist Preisträger 2012</p> <p>06 Kronberger Kreis fordert maßvolle Geldbußen Haucap und Wigger neu im Kronberger Kreis</p> | <p>07 Studien zu Geldpolitik und Bildung Relaunch der Schriftenreihe <i>Argumente</i></p> <p>08 Ehrbarer Staat? Generationenbilanz Update 2012 mit Schwerpunkt Arbeitsangebot Studie, Pressegespräch, Medienresonanzen</p> <p>10 „Staatsbremse für mehr Wachstum“ Tagung zu Grenzen der Staatstätigkeit</p> <p>11 „Sanfter Diktator – weiß Vater Staat alles besser?“ Tagung zum Paternalismus mit Norbert Röttgen, Andrea Nahles und Christian Lindner</p> <p>12 Zu guter Letzt Zur Person von: Joachim Gauck / Petra Roth / Bernd Neumann</p> |
|---|--|

Europa ist größer als der Euro

Editorial von Prof. Dr. Michael Eilfort, Vorstand der Stiftung Marktwirtschaft



Der Euro bringt viele Vorteile. Es lohnt, um ihn zu kämpfen, wenn er für eine freiheitlich-marktwirtschaftliche Ordnung sowie ein gesundes wirtschaftliches Fundament steht, und wenn er Vertrauen und Rechtssicherheit schafft, weil das mit ihm verbundene Regelwerk akzeptiert und durchgesetzt wird.

Die wahrhaft große Idee und Erfolgsgeschichte ist indes die

Europäische Gemeinschaft bzw. Union. Dieses Europa hat über Jahrzehnte Fortschritte gemacht, Frieden gebracht und zu Wohlstand beigetragen – auch ohne Euro. Es ist wahr, dass Europa bis 2002 viele Mühseligkeiten, Ungleichgewichte, Widersprüche und Sand im Getriebe aufwies. Allerdings wird kaum jemand behaupten, dass das Jahrzehnt des Euro ein perfektes europäisches Jahrzehnt war. Manche Schwierigkeiten sind geringer, andere Probleme größer geworden, neue dazugekommen bzw. virulent geworden, z.B. Mentalitätsunterschiede zwischen Nord und Süd und lange nicht erlebte nationale Aversionen. Eine perfekte europäische Welt gibt es, mit oder ohne Euro, so wenig wie ein perfektes Steuersystem oder eine perfekte Krankenversicherung. Nüchtern betrachtet: Der Euro ist ein gutes Instrument, aber kein Ziel an sich. Wenn seine Kosten den Nutzen übersteigen sollten, müsste darüber nachgedacht werden, ob andere Instrumente hilfreicher sind. Vor allem darf ein unzureichendes Instrument nicht das Ziel gefährden. Deshalb ist der Satz „Scheitert der Euro, scheitert Europa“ so gefährlich, auch als vielleicht selbsterfüllende Prophezeiung. Wir müssen Europa retten, nicht den Euro.

Die Währung kann nur dann nachhaltig bestehen, wenn Verantwortung und Haftung ausgeweitet werden und nicht die Rettungsschirme. Und bedarf es ständig neuer Pakte, aller möglichen Formen von „Union“, weiterer Institutionen und neuer Regulierung, wo es ausreichte, die schon lange beschlossenen Regeln konsequent durchzusetzen? Dies wäre einfacher umsetzbar und erforderte weder Verfassungs- und Gesetzesänderungen noch Volksentscheide oder Kompensationsgeschäfte. Andersherum: Wenn Konsequenz bisher nicht gefragt war, weil Sünder über Sünder befinden oder eine Nehmermehrheit gerne Solidarität von wenigen Gebern einfordert bzw. „beschließt“: Wieso sollte irgendjemand glauben, dass diese Konsequenz dann durch neue Versprechen erreicht wird?

Auch der neueste Brüsseler Eurobonds-Song, dessen Nebengeräusche Deutschland die Gemeinschaftshaftung schmackhaft machen sollen, ist voller Missklang. Würde man den „Sirenen“ Barrosos, Van Rompuy, Junckers und Draghi folgen, wäre das katastrophale Ergebnis absehbar: Die Rosinen (Euro-Bonds) würden sofort herausgepickt und verspeist, das Graubrot (Disziplin & Solidität) dagegen verschimmeln und beiseitegeschoben. Wie wirksam können neue europäische Durchgriffsrechte auf nationale Haushalte sein, wenn in Brüssel und Straßburg eine Mehrheit für frisches Geld, aber gegen Sparen ist? Der letzte Beschluss der klaren Mehrheit im Europäischen Parlament für die schnelle Schuldenvergemeinschaftung ist eines der klarsten Argumente gegen jede weitere Schwächung der nationalen Parlamente und ihres Königsrechts. Die fiskalpolitische Eigenverantwortung der Mitgliedstaaten muss unterstrichen werden, statt die Fehlreize, die zur Schuldenkrise führten, noch auszubauen. Zinsdruck ist und bleibt die wirkungsvollste Schuldenbremse. Umso schlimmer das Ergebnis des Brüsseler Gipfels Ende Juni – salopp zusammengefasst: Mehr Hilfs-Kohle bei weniger Kontrolle.

Ein weiterer Beleg, dass das Krisenmanagement der letzten zwei Jahre nach ähnlichem Muster wie das Laissez-Faire seit 1998 funktioniert: Bestraft werden am Ende diejenigen, die mit gutem Beispiel vorangehen (Estland, Slowakei), die auch aufgrund eingeleiteter Reformen wirtschaftlichen Erfolg haben (Deutschland), die Einsicht zeigen und mühsam den Turnaround mit möglichst eigenen Kräften herbeiführen wollen (Irland, Portugal). Bedient werden dagegen das lauteste Lamento, der nächste Augenblick, die schlimmste Schiefelage und die größte Bequemlichkeit. Europa helfen heißt nicht, dem schlechten Geld gutes hinterherzuwerfen. Europa helfen heißt, den Euro – in der Fassung von Maastricht, nicht als Athen 2.0 – wieder in die richtige Spur zu bringen und gesellschaftliche und wirtschaftliche Rahmenbedingungen in einem geeinten Kontinent so zu gestalten, dass Chancen und Wohlstand für alle herauskommen können.

IMPRESSUM

Stiftung Marktwirtschaft

V.i.S.d.P.: Dr. Susanna Hübner
Charlottenstr. 60, 10117 Berlin
www.stiftung-marktwirtschaft.de

ISSN: 1612-9725

Fotos: Kay Herschelmann

GENERATION-D sucht die besten Ideen für Deutschland

IDEEN FÜR DEUTSCHLAND. GEMEINSAM ANPACKEN.

Der Ideen- und Startup-Wettbewerb für Studierende läuft noch bis zum 29. Juli 2012

GENERATION-D ist Deutschlands erster Ideenwettbewerb für Studierende aller Fachrichtungen. In dem Wettbewerb suchen wir in diesem Jahr bereits zum fünften Mal kreative, innovative und nachhaltige Ideen für realisierbare Projekte und Initiativen in Deutschland, durch die gesellschaftlich relevante Fragestellungen beispielhaft gelöst werden. Die Stiftung Marktwirtschaft organisiert den Wettbewerb in enger Zusammenarbeit mit ihren Projektpartnern Süddeutsche Zeitung, Allianz SE und Bayerische EliteAkademie, mit denen die Initiative GENERATION-D ins Leben gerufen wurde.

Der Ideenwettbewerb GENERATION-D wendet sich an Studierende aller Fachrichtungen, die kreativ und unvoreingenommen mit umsetzungsfähigen Ideen die Zukunft nachhaltig gestalten wollen und die durch ihr Engagement den notwendigen Wandel in Deutschland vorantreiben möchten. Im vergangenen Jahr haben wir annähernd 100 Einsendungen von über 350 Studierenden mit einzigartigen und zukunftsfähigen Konzepten gezählt. Darunter sind Gruppen häufig mit interdisziplinärer Ausrichtung aus knapp 80 Hochschulen und Universitäten und über 115 unterschiedlichen Studienfächern.

Auch in diesem Jahr suchen wir Teams bestehend aus mindestens zwei Studierenden mit Ideen und Startups, die einen gesellschaftlichen Mehrwert aufweisen. Die Wettbewerbsbeiträge werden von der Jury anhand der folgenden drei Kriterien bewertet:

Innovation & Kreativität:

Die Idee oder das Startup löst ein Problem auf vollkommen neuartige Weise oder indem es Altbekanntes auf neue Weise kombiniert oder überarbeitet.

Gesellschaftlicher Mehrwert:

Die Idee oder das Startup ist bzw. handelt gesellschaftlich verantwortungsbewusst.

Umsetzbarkeit:

Die Idee oder das Startup ist umsetzungsfähig. Die Bewerber zeigen, dass sie das Projekt zielstrebig verfolgen, es zur Startreife bringen und nachhaltig verwirklichen wollen.

Die von einer Jury in mehreren Runden ermittelten Finalisten werden Ende des Jahres für ein Wochenende nach Berlin eingeladen und stellen unter anderem auf dem Führungstreffen der Wirtschaft ihre Projekte – die besten Ideen für Deutschland – am Brandenburger Tor vor. Die drei sieg-

reichen Teams erhalten ein Preisgeld von insgesamt 15.000 Euro. Das Preisgeld wird in einer Staffelung von 10.000 Euro an das Gewinnerteam und je 2.500 Euro an die Runner-ups ausgezahlt.

Das Siegerteam kann sich außerdem auf eine intensive Projektförderung durch GENERATION-D mit seinen Projektpartnern freuen. Die Implementierung der Gewinneridee wird dabei von professionellen Unternehmensberatern bzw. Mentoren unterstützt.

Die Ausschreibung endet am 29. Juli 2012.

web

Mehr zu GENERATION-D und Details zur Ausschreibung 2012 auf unserer Homepage: www.stiftung-marktwirtschaft.de sowie www.gemeinsam-anpacken.de

Bundesarbeitsministerin Dr. Ursula von der Leyen zu Gast in Kronberg

Stiftung Marktwirtschaft & Kronberger Kreis feiern 30 Jahre Engagement für eine freiheitliche Grundordnung

„Wer macht die Arbeit morgen?“, lautet die Frage, mit der die Bundesministerin für Arbeit und Soziales, Dr. Ursula von der Leyen, ihren Vortrag auf Einladung der Stiftung Marktwirtschaft zum 30-jährigen Bestehen von Stiftung und Kronberger Kreis an deren Gründungsstätte einleitet. Der deutsche Arbeitsmarkt sei heute in ausgezeichneter Verfassung, erklärt die Ministerin zunächst: „Wir werden überall gelobt: Die Arbeitslosigkeit sinkt, die Beschäftigung steigt, und wir haben die niedrigste Jugendarbeitslosigkeit in Europa.“



Von der Leyen werde im Ausland häufig gefragt, woran das liege. Die Niedersächslerin antwortete dann, dass Deutschland im Vergleich zu anderen Volkswirtschaften über einen hochdifferenzierten und innovationsfähigen Mittelstand verfüge. Der zweite Grund liege in der Sozialen Marktwirtschaft, zu deren Werten die Sozialpartnerschaft gehöre. Ein dritter Grund sei das System der dualen Ausbildung.

Nach ihren Kenntnissen über die Stiftung und den Kronberger Kreis interessiere sie aber vor allem der Blick auf die Herausforderungen, die auf Deutschland zukommen. Was die Bundesarbeitsministerin demnach „wirklich umtreibe“ sei die Frage der Fachkräftesicherung in Deutschland: „Wenn wir an unseren Verhaltensmustern nichts ändern, werden wir in 15 Jahren sechs Millionen Menschen weniger auf dem Arbeitsmarkt haben – allein durch die Tatsache, dass viele Ältere in den Ruhestand gehen und wenige Junge nachkommen.“ Daran knüpfe sich die Frage an: „Wer arbeitet heute noch unter Potenzial?“ Die Bundesarbeitsministerin identifiziert dabei vier Gruppen, „um die wir uns kümmern müssen“: die ältere Bevölkerung, junge Menschen – vor allem mit Migrationshintergrund –, Frauen und qualifizierte Zuwanderer. „Auf keine einzige dieser Säulen können wir verzichten“, erklärt von der Leyen. Die Älteren verfügten bereits heute

über eine um zehn Jahre verlängerte Lebenserwartung. „In diesem Kreis brauche ich kein Plädoyer dafür zu halten, warum diese zehn geschenkten Jahre durchaus in mehr Arbeit investiert werden könnten“, glaubt von der Leyen. Die Arbeitsministerin weist dabei auf zwei Stellschrauben hin, mit deren Hilfe sich Verbesserungen erzielen ließen: Erstens die verstärkte Weiterbildung für Ältere sowie altersgerechtes Arbeiten, etwa durch kräfteschonende Verfahren. Der zweite Punkt sei die schrittweise Anhebung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre. Mit der Einführung einer Kombirente wolle sie zudem für flexiblere Übergänge zwischen Erwerbstätigkeit und Ruhestand sorgen, erläutert von der Leyen. „Heute ist das noch enorm starr.“

Zum Thema Jugendarbeitslosigkeit in Europa schlägt die Ministerin vor: „Warum nicht die jungen Menschen aus Spanien, aus Griechenland, aus Portugal, hierher holen?“ Mittlerweile versuche man in Deutschland z.B. über Städtepartnerschaften oder lange etablierte Unternehmenskontakte, junge Spanier anzusprechen – zunehmend mit Erfolg. Die dritte Gruppe, die nach Ansicht der Ministerin verstärkte Aufmerksamkeit verdiene, sind die Frauen. 25 % der erwerbsfähigen Frauen seien heute nicht berufstätig, sagt von der Leyen, „das heißt, hier arbeitet Deutschland noch nicht



am Anschlag, hier ist noch ganz viel Potenzial“. Die Debatten gingen inzwischen zwar in die richtige Richtung, „allerdings sind wir noch lange nicht am Ziel“. Ihre Forderung lautet: „Wir müssen unser Land für die Frauen verändern.“

Darüber hinaus werde man auch qualifizierte Zuwanderung benötigen. „Im vorigen Jahr hat sich die Diskussion gedreht,“ so von der Leyen zufrieden. Inzwischen sei die Blue Card als Gesetz verabschiedet. „Damit sind wir einen wichtigen Schritt vorangekommen. Deutschland muss offener und internationaler werden.“

Der Swift-Preis für Wirtschaftssatire geht an Jürgen Kaube

Feuilletonist der Frankfurter Allgemeinen (Sonntags-) Zeitung ist Preisträger 2012

Im 30. Jahr ihres Bestehens vergibt die Stiftung Marktwirtschaft zum dritten Mal den Swift-Preis für Wirtschaftssatire in Kronberg. Preisträger ist Jürgen Kaube, Feuilletonist der Frankfurter Allgemeinen und der Frankfurter Sonntagszeitung. Die Auszeichnung ist mit einem Preisgeld in Höhe von 10.000 Euro verbunden. Der nach dem irischen Satiriker Jonathan Swift benannte Preis soll Meinungsmultiplikatoren würdigen und ermuntern, sich dem Genre der Wirtschaftssatire zu widmen. Der Preis zeichnet in der Tradition von Swift den kreativen Diskurs um die auf Menschenwürde und freiem Markt basierende Gesellschaftsordnung aus, die auf den Grundwerten Freiheit – Wettbewerb – Eigenverantwortung aufbaut.

Geprägt habe den Preis auch der Verleger Klaus Kunkel, der bereits seit langem der Satire verbunden ist, hebt der Stiftungsratsvorsitzende Prof. Dr. Theo Siegert in seiner Laudatio hervor. Er erinnert zunächst an den Preisträger aus dem Jahr 2010, den Schweizer Autor Martin Suter, sowie den ersten Preisträger 2008, den STRIZZ-Comic-Zeichner Volker Reiche. Mit Jürgen Kaube werde nun ein Journalist ausgezeichnet, der sich seit 20 Jahren in der *FAZ* und in der ebenso angesehenen *Frankfurter Sonntagszeitung*, aber auch im *Merkur* regelmäßig dem Genre der Wirtschaftssatire aus feuilletonistischer Perspektive widmet.

Kaube stelle nie gestellte Fragen – oder anders ausgedrückt, Fragen, die sich offensichtlich nicht von alleine stellten, so Siegert. Zugleich gelänge ihm die Beschränkung oder vielmehr Konzentration auf den einen, isoliert herausgegriffenen Aspekt in seinen Artikeln. Vorbildlich an Jürgen Kaubes Glossen sei darüber hinaus ihre prägnante Aussagekraft. Schonungslos und mit spitzer Feder seziiere er trennscharf das gewählte Sujet. Die spitzzüngige Wortwahl gehe zuweilen über die Satire hinaus und sei in ihrer Bissigkeit unübertroffen.



Preisträger Jürgen Kaube erhält die Urkunde von Prof. Theo Siegert.

In seiner Erwiderung zitiert der Preisträger zunächst Juvenal, dem es schwerfalle, keine Satire zu schreiben: „Difficile est satiram non scribere“. Doch wenn es nicht schwer sei, eine Satire zu schreiben, sondern wenn es vielmehr schwer sei, keine zu schreiben, wo läge dann die Leistung, wenn man es tut, überlegt Kaube laut.

Der Ausspruch des römischen Dichters Juvenal bezog sich seinerzeit auf die korrupten Zustände in Rom im ersten und zweiten Jahrhundert n. Chr. Juvenal fiel es schwer, keine Satire zu schreiben, weil seine Entrüstung so groß gewesen sei. Doch aus Ablehnung werde noch keine Satire: „Ja, ich möchte fast sagen, das Moralisieren schadet der Satire“, gibt Kaube zu bedenken. Und Entrüstung sei einfach zu banal.

Wo also kommt der Witz her, fragt Kaube abermals seine Zuhörer und nimmt für die Antwort den *Modest Proposal* von Swift aus dem Jahr 1729 zu Hilfe. Aus dessen Vorschlag, zur Behebung der Hungersnöte in Irland doch die Kinder der armen Landbevölkerung der Nahrungskette zuzuführen, folge mindestens zweierlei: Es war wohl durchaus sehr schwer, eine solche Satire zu schreiben, „denn sie setzte die Bändigung des Zorns und der Traurigkeit voraus, die Swift bewegten.“ Und zweitens: „Satire hat unter allen Übeln weniger mit den Lastern, als mit der Dummheit zu tun.“ Die aberwitzige Hoffnung jeder Satire sei es, „durch Schreiben zur Selbstauflösung von Dummheiten beizutragen, sie wegzulachen. Swift war auf diesem Gebiet des Weglachsens ein Riese“, so Kaube anerkennend. Die Preisverleihung mache ihn stolz. Er werde versuchen, „dem Preis auch in Zukunft durch weitere Boshaftigkeiten diesseits des Moralisierens gerecht zu werden.“

web

Mehr Informationen über den Swift-Preis und den Preisträger finden Sie auf unserer Homepage: www.stiftung-marktwirtschaft.de

Neue Kronberger Kreis-Studie fordert maßvolle Geldbußen im Kartellrecht

Kronberger Kreis verjüngt sich: Justus Haucap und Berthold U. Wigger treten Beirat bei

Studie zur Reform der Geldbußen im Kartellrecht



Der Kronberger Kreis, wissenschaftlicher Beirat der Stiftung Marktwirtschaft, fordert den Gesetzgeber in seiner neuesten Studie „Reform der Geldbußen im Kartellrecht überfällig“ (Band Nr. 54) dazu auf, die Geldbußenregelung bei wettbewerbsschädlichem Verhalten entscheidend zu reformieren. Hintergrund ist, dass die vom Bundeskartellamt und von der Europäischen Kommission verhängten Kartellbußen in den letzten Jahren dramatisch angestiegen sind.

Die Professoren Lars P. Feld, Wernhard Möschel, Volker Wieland und Berthold U. Wigger halten die 8. Novellierung des GWB für eine gute Gelegenheit, diesen bislang nicht im GWB berücksichtigten wettbewerbsrechtlichen Aspekt anzugehen. Die 8. Novelle des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) soll im Laufe des Jahres 2012 verabschiedet werden. Der Regierungsentwurf wird zurzeit im Bundestag und Bundesrat beraten. Der Kronberger Kreis schlägt insbesondere eine Reform des Verfahrens vor. Anklage und Entscheidung sind zu trennen. Die deutschen und europäischen Kartellbehörden sollten sich darüber hinaus von vornherein an ein Gericht wenden müssen, wenn sie eine größere Bußgeldsanktion anstreben.

Prof. Dr. Justus Haucap

Der Düsseldorfer Wettbewerbsökonom Prof. Dr. Justus Haucap stößt im Juli 2012 zum Kronberger Kreis. Der 43-jährige



Niedersachse promovierte 1997 bei Rudolf Richter an der Universität des Saarlandes und habilitierte sich 2003 an der Universität der Bundeswehr Hamburg, nachdem er von 1997 bis 1999 als Analyst bei der New Zealand Treasury in Wellington tätig war. Haucap war Lehrstuhlinhaber an den Universitäten Bochum und Erlangen-Nürnberg, bevor er 2009 Direktor des Instituts für Wettbewerbsökonomie an der Heinrich-Heine-Universität

Düsseldorf wurde. Von Juli 2008 bis Juli 2012 war Haucap Vorsitzender der Monopolkommission, deren Mitglied er seit 2006 ist. Mit dem turnusgemäßen Ende des Vorsizes nimmt Haucap die Arbeit im Kronberger Kreis auf.

Prof. Dr. Berthold U. Wigger

Seit Januar 2012 wird der Kronberger Kreis darüber hinaus durch den Finanzwissenschaftler Prof. Dr. Berthold U. Wigger verstärkt.



Wigger promovierte 1994 mit einer Arbeit zur Humankapitalakkumulation in Göttingen und habilitierte sich im Jahr 2000 zum Thema Rentenversicherung in Mannheim. Nach Forschungsaufenthalten im In- und Ausland nahm der Experte für öffentliche Finanzen und Sozialversicherungen 2002 einen Ruf auf eine Professur für Volkswirtschaftslehre an die Universität Erlangen-Nürnberg an. Seit 2009 hat der 45-Jährige

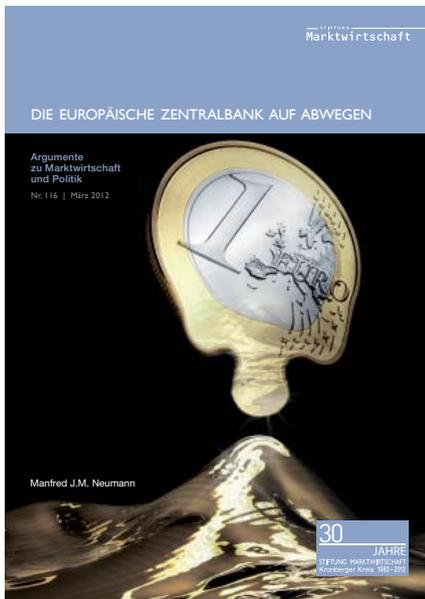
den Lehrstuhl für Finanzwissenschaft und Public Management am Karlsruher Institut für Technologie inne.

web

Die neue Studie des Kronberger Kreises und mehr Informationen zu den neuen Mitgliedern finden Sie auf unserer Homepage: www.kronberger-kreis.de.

Neue Veröffentlichungen zur Geldpolitik der EZB und zur Bildungspolitik

Die Europäische Zentralbank auf Abwegen



„Die europäische Geldpolitik darf nicht zur Finanzierung der nationalen Haushalte missbraucht werden.“ Prof. Dr. Manfred J.M. Neumann warnt in der Publikation „Die Europäische Zentralbank auf Abwegen“ vor dem gefährlichen Inflationspotential, das die Europäische Zentralbank (EZB) mit ihrer aktuell laxen Geldpolitik schaffe. Damit die Geldwertstabilität im Euro-Raum auch in Zukunft erhalten bleibe, fordert Neumann, langjähriges Mitglied im wissenschaftlichen Beirat der Stiftung, dem Kronberger Kreis, die EZB auf, ihr Programm zum Aufkauf von Staatsanleihen einzustellen. Das Experimentieren im Refinanzierungsgeschäft mit mehrjährigen Laufzeiten und Jumbo-Krediten sollte beendet werden. Zudem müsse die Lockerung der Anforderungen an die Sicherheiten im Refinanzierungsgeschäft rückgängig gemacht werden. Das zulässige Ausmaß der Refinanzierungsverschuldung einer Bank beim Eurosystem sollte vom tatsächlich vorgehaltenen Kernkapital der Bank abhängig gemacht werden. So würden Überschuldung vorgebeugt und der Anstieg der Target2-Kredite gebremst. Sollte die EZB dauerhaft vom Kurs der Sicherung der Geldwertstabilität abweichen, ruft Neumann die deutsche Politik dazu auf, die Initiative für die Neufassung der Stimmrechte im EZB-Rat, z.B. nach der Wirtschafts- und Finanzkraft der Länder, zu ergreifen.

web

Das Heft (Argument Nr. 116) können Sie auf unserer Homepage kostenlos herunterladen:
www.stiftung-marktwirtschaft.de

Chancengerechtigkeit, Bildung und Soziale Marktwirtschaft

Wie kaum ein anderes Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell verkörpert die Soziale Marktwirtschaft das Ideal der Chancengerechtigkeit. Nicht etwa soziale Herkunft, Geschlecht oder staatliche Privilegierungen, sondern die eigenen Fähigkeiten und Leistungen sollen in einem fairen und produktiven Wettbewerbsprozess über den beruflichen und ökonomischen Erfolg eines Menschen entscheiden. Zu den zentralen Voraussetzungen für die Verwirklichung dieses Ideals gehört, dass nicht nur allen Kindern und Jugendlichen eine gute Bildung offensteht, sondern sie auch ihre individuellen Bildungspotentiale ausschöpfen. Diesbezüglich besteht erheblicher Handlungsbedarf. Kritisch ist vor allem zu sehen, dass der Bildungserfolg von Kindern und Jugendlichen in Deutschland stärker als in anderen Ländern von der sozioökonomischen Herkunft abhängt.

Vor diesem Hintergrund analysiert die Stiftung Marktwirtschaft in einer aktuellen Studie die Bedeutung von Bildung für die Soziale Marktwirtschaft. Neben einer Problemanalyse der ökonomischen und sozialen Folgen unzureichender Bildung werden nicht nur die wichtigsten Defizite und Herausforderungen des deutschen Bildungssystems thematisiert, sondern auf Basis aktueller bildungsökonomischer Forschungsergebnisse auch konkrete Handlungsempfehlungen dahingehend gegeben, was bildungspolitisch zu tun ist. Gelingt es uns nicht, die Bildungschancen von Kindern und Jugendlichen aus sozial schwachen und bildungsfernen Schichten zu verbessern, droht ein Teufelskreis, der über fehlende Bildung, Armutskarrieren und eine abnehmende soziale Aufstiegsmobilität letztlich auch die Akzeptanz der Sozialen Marktwirtschaft untergraben kann, zeigt sich Studienautor Dr. Guido Raddatz, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Stiftung Marktwirtschaft, überzeugt.

Beide Neuveröffentlichungen wurden in der Reihe *Argumente zu Marktwirtschaft und Politik* herausgegeben, der wir bei dieser Gelegenheit ein neues und modernes Erscheinungsbild gegeben haben: mit einem leserfreundlichen Aufbau, übersichtlicheren Grafiken und stärker untergliederten Textbausteinen. Wie finden Sie das neue Design? Teilen Sie uns Ihre Meinung mit: info@stiftung-marktwirtschaft.de

web

Die Studie wird in Kürze veröffentlicht und steht dann auf unserer Homepage zum Herunterladen bereit:
www.stiftung-marktwirtschaft.de

Ehrbarer Staat? Generationenbilanz Update 2012

Stiftung Marktwirtschaft präsentiert Aktualisierung der ehrlich gerechneten Gesamtverschuldung

Pressegespräch Update 2012

In Sachen Staatsschulden gilt Deutschland gegenwärtig als Musterschüler in Europa. Der heftige Konjunkturreinbruch als Folge der weltweiten Finanzmarktkrise konnte nicht zuletzt dank der Exportstärke der deutschen Wirtschaft schnell überwunden werden, so dass inzwischen Steuer- und Beitragseinnahmen wieder kräftig sprudeln und das Haushaltsdefizit deutlich unterhalb der 3%-Grenze des Stabilitäts- und Wachstumspakts liegt. Doch hat Deutschland tatsächlich bereits alle Hausaufgaben gemacht und seine Staatsschulden fest im Griff? Dieser Frage geht die Stiftung Marktwirtschaft seit mehreren Jahren im Rahmen ihrer jährlichen Updates der deutschen Generationenbilanz nach. Die jüngsten Ergebnisse wurden im Juni 2012 im Rahmen eines Pressegesprächs mit Vorstandsmitglied Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen in Berlin vorgestellt.

Die in Zusammenarbeit mit dem Forschungszentrum Generationenverträge entstandenen Berechnungen zeigen, dass

die hauptsächlich in den Sozialversicherungen versteckt ist. Die explizite Verschuldung beläuft sich hingegen auf „nur“ 83,2% des BIP (vgl. Abbildung auf S. 9).

Trotz des Rückgangs der staatlichen Gesamtverschuldung kann die Politik der Bundesregierung unter Nachhaltigkeitsgesichtspunkten nicht überzeugen. Nicht nur hat sie es versäumt, die gute Konjunktur für zusätzliche Konsolidierungsanstrengungen zu nutzen – der Rückgang der Nachhaltigkeitslücke ist im Wesentlichen nur das Ergebnis der guten Konjunktur. Schwerer noch wiegt die Tatsache, dass der bislang im Jahr 2012 eingeschlagene wirtschaftspolitische Kurs – bestehend aus Steuerentlastung, Pflegereform, Rentenpaket und Betreuungsgeld – in erster Linie zu einer Zunahme der Nachhaltigkeitslücke auf 252,8% des BIP führen würde.



Die Autoren Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen und Stefan Moog (re.) mit Pressesprecherin Dr. Susanna Hübner.

Die Methodik der Generationenbilanzierung

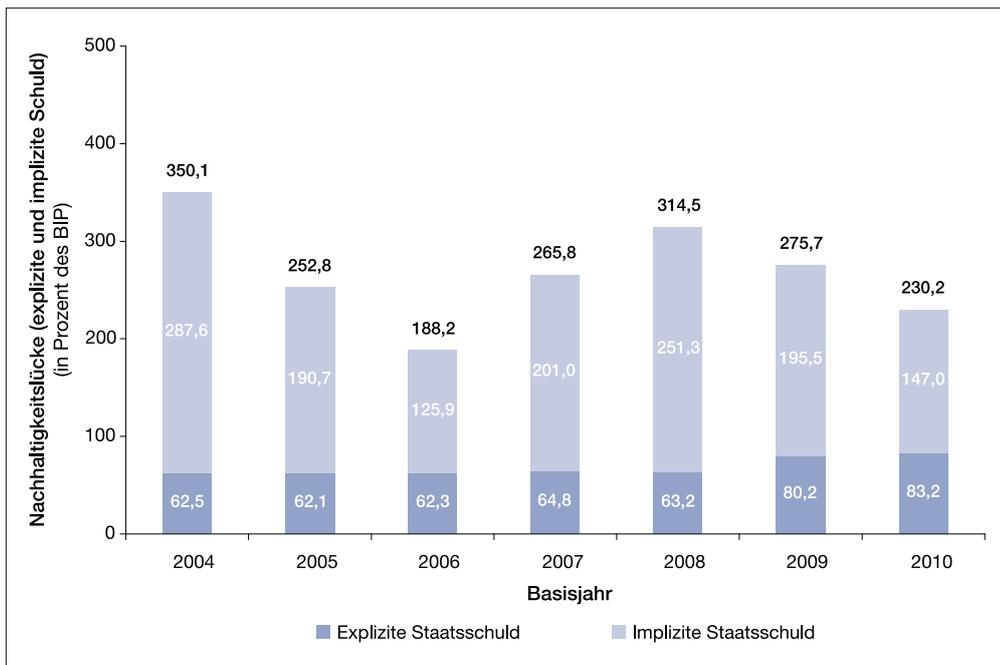
Die **Generationenbilanz** ist ein Instrument zur Projektion der langfristigen Entwicklung der öffentlichen Finanzen. Dabei werden zum einen die wirtschaftlichen und fiskalpolitischen Rahmenbedingungen des Status quo in die Zukunft fortgeschrieben und zum anderen der demografische Wandel berücksichtigt. Übersteigt die unter diesen Annahmen ermittelte Summe der zukünftigen Ausgaben die Summe der zukünftigen Einnahmen, was in Deutschland und den meisten anderen europäischen Ländern der Fall ist, spricht man von einer **impliziten oder versteckten Staatsverschuldung**. Sie bedeutet nichts anderes, als dass der Staat seinen Bürgern für die Zukunft mehr Leistungen verspricht, als er mit den gegenwärtigen Steuer- und Beitragssätzen finanzieren kann. Zusammen mit den in der Vergangenheit aufgelaufenen expliziten Schulden erhält man die sogenannte **Nachhaltigkeitslücke**. Sie gibt die ehrlich gerechnete tatsächliche Gesamtverschuldung des Staates an, wie sie ein ehrbarer Staat ausweisen müsste.

die Nachhaltigkeitslücke im letzten Jahr von 275,7% des Bruttoinlandsprodukts (BIP) auf 230,2% des BIP zurückgegangen ist. Damit beläuft sich die Gesamtverschuldung aktuell auf umgerechnet 5,7 Billionen Euro. Mit 147% des BIP entfällt der größere Teil auf die implizite Verschuldung,

Schwerpunkt Demografie und Arbeitsmarkt

Das diesjährige Schwerpunktthema betrachtet die Auswirkungen des demografischen Wandels auf den Arbeitsmarkt und analysiert die damit verbundenen Rückwirkungen auf die staatliche Gesamtverschuldung anhand mehrerer Szenarien. Dabei zeigt sich ein gemischtes Bild. Zwar droht aufgrund der zunehmenden Bevölkerungsalterung – und unter Fortschreibung der heutigen Erwerbsquoten – ein Verlust von bis zu 6 Mio. Erwerbspersonen bis 2030, was einen erheblichen Fachkräftemangel nach sich ziehen dürfte. Gleichzeitig ist aber auch davon auszugehen, dass sich die bereits heute spürbare Zunahme der Erwerbsbeteiligung von Älteren und Frauen fortsetzen bzw. aufgrund der Rente mit 67 noch verstärken wird. Unter diesen Annahmen würde sich die demografisch bedingte Erwerbspersonenlücke bis 2030 auf etwa 3 Mio. halbieren. Eine höhere Erwerbsbeteiligung wirkt sich auch unter fiskalischen Aspekten posi-

Abbildung: Nach den Krisenjahren setzt sich die Trendumkehr infolge des konjunkturellen Aufschwungs weiter fort



Annahmen:
 $g = 1,5\%$, $r = 3,0\%$
 12. koordinierte
 Bevölkerungsvoraus-
 berechnung
 Datenquelle:
 Eigene Berechnungen

tiv aus und trägt zur Entlastung der öffentlichen Haushalte bei. So sinkt in diesem Szenario die Nachhaltigkeitslücke um 31,2 Prozentpunkte auf 199% des BIP. Gelänge es zudem, auch noch die darüber hinaus bestehenden Erwerbspotentiale bei Frauen und Älteren auszuschöpfen, könnte die Erwerbspersonenlücke noch weiter verringert werden. Allerdings bedarf es dafür zusätzlicher politischer Anstrengungen, etwa zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie der Beschäftigungssicherung Älterer.

Handelsblatt

HANDELSBLATT VOM 20.06.2012

„Die starke Konjunktur der vergangenen Jahre hat die fiskalische Erblast für künftige Generationen von Deutschen reduziert“, schreibt Dirk Heilmann vom Handelsblatt. „Die sogenannte Nachhaltigkeitslücke beträgt aber immer noch 230 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Das zeigt die Generationenbilanz, die der Freiburger Professor Bernd Raffelhüschen jährlich für die Stiftung Marktwirtschaft ermittelt.“ Heilmann weiter: „Der Finanzwissenschaftler warnte die Bundesregierung davor, neue soziale Wohltaten [wie Betreuungsgeld oder Zuschussrente] mit Schulden zu finanzieren.“

DIE WELT

DIE WELT VOM 20.06.2012

Dr. Dorothea Siems von der Tageszeitung Die Welt gibt ihrem Kommentar den Titel: „Reformpläne erhöhen die Verschuldung“. „Die von der Bundesregierung geplanten Reformvorhaben drohen die Gesamtverschuldung Deutschlands um zehn Prozent in die Höhe zu treiben“, warnt Siems, „darauf hat die Stiftung Marktwirtschaft bei der Präsentation der aktuellen Generationenbilanz hingewiesen“.

Siems erklärt, dass Bundeskanzlerin Angela Merkel in Europa zwar „als eiserne Sparkommissarin“ gelte, selbst aber kein Beispiel für eine solide Haushaltsführung abgebe. Anstatt die derzeit noch gute Wirtschaftslage für Konsolidierungsmaßnahmen zu nutzen, „plant die Bundesregierung eine Vielzahl teurer Geschenke“, zitiert sie Bernd Raffelhüschen. „Wäre der Staat verpflichtet, wie ein Unternehmer eine Bilanz zu erstellen, müsste er entsprechende Rückstellungen in Höhe der impliziten Staatsschuld von 147 Prozent des BIP bilden.“



Die Pressemitteilung sowie die Studie finden Sie auf unserer Homepage: www.ehrbarer-staat.de

Kooperationstagung „Staatsbremse für mehr Wachstum“ im Deutschen Bundestag

Politik, Wirtschaft und Wissenschaft diskutieren Grenzen der Staatstätigkeit

Wie sieht das richtige Verhältnis zwischen Staat und Privatwirtschaft aus? Die Kooperationsveranstaltung der Stiftung Marktwirtschaft und des Verbandes Deutscher Maschinen- und Anlagenbau e.V. (VDMA) am 29. Februar 2012 in den Räumlichkeiten des Deutschen Bundestags widmete sich diesem zentralen Thema der Sozialen Marktwirtschaft. Eine „Staatsbremse“ könnte Staatsausgaben und Subventionen sowie die Bürokratie- und Abgabenbelastung senken – und dabei aus Sicht der Veranstalter möglicherweise das Wachstum erhöhen.

In einem Punkt waren sich alle Referenten aus Politik, Wissenschaft und Wirtschaft einig: In Deutschland und Europa müsse auch künftig Wachstum angestrebt werden, um die Schuldenlasten der Vergangenheit abzutragen und Zukunftsausgaben, insbesondere in Bildung und Infrastruktur, zu tätigen. Doch ob der Weg zu mehr Wachstum über einen starken oder schlanken Staat führt, wurde lebhaft diskutiert.

Prof. Dr. Clemens Fuest, Research Director an der Oxford University for Business Taxation, verdeutlichte den stetigen Anstieg der Staatsverschuldung in den letzten Jahrzehnten und die Veränderung der Struktur der Staatsausgaben. Da die Ausgaben für Zinsen und soziale Umverteilung im Verhältnis zu den Ausgaben für staatliche Kernaufgaben (z.B. Innere Sicherheit, Bildung und Infrastruktur) enorm gestiegen seien, sieht Fuest das größte Sparpotential bei den Sozialausgaben. Zudem kritisiert er die Ausgestaltung der Riester-Rente wegen der hohen Gebühren, des bürokratischen Aufwands und der Subventionierung der oberen Mittelschicht.

Prof. Dr. Gustav A. Horn, Direktor des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung in der Hans-Böckler-



Prof. Dr. Gustav A. Horn (li.) und Prof. Dr. Clemens Fuest (re.) im Gespräch mit Moderatorin Dr. Dorothea Siems (Die Welt).

Stiftung, beobachtete einen massiven Rückzug des Staates. Dabei sei der Staat die einzige Instanz, die sich Panikwellen an den Finanzmärkten entgegenstellen könne. Um der Unterfinanzierung des Staates entgegenzuwirken, plädierte Horn für Steuermehreinnahmen, z.B. durch Bankenabgabe und Finanztransaktionssteuer. Es gehe nicht darum, ob der Staat stark oder schlank sei, sondern ob er effizient arbeite.

„Am effizientesten ist der Staat, wenn er gar nicht unternehmerisch tätig ist,“ stellte Dr. Thomas Lindner, Präsident des VDMA, fest und schlug vor, eine langfristige Begrenzung der Staatsquote auf 40% festzuschreiben. Kerstin Andreae MdB, stellvertretende Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen, möchte nicht nur zukünftige Schulden beschränken, sondern die Schulden der Vergangenheit abbauen, z.B. mit Hilfe des Subventionsabbaus und einer Vermögensabgabe. Dr. Joachim Pfeiffer MdB, wirtschaftspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, betonte die Rolle des Wettbewerbs, Effizienzpotentiale zu heben, die dem Bürger zugutekämen. Deswegen sei die Daseinsvorsorge auf der staatlichen Ebene nicht gut aufgehoben. Der Unternehmer Sven Hauke Kaerkes, Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Selbständige der SPD, gab zu bedenken, dass es nicht auf die absolute Höhe der Staatsquote ankomme, sondern auf die Effizienz in den sozialen Sicherungssystemen.

web

Den Bericht zur Tagung „Staatsbremse“ finden Sie auf unserer Homepage: www.stiftung-marktwirtschaft.de.

„Der sanfte Diktator – weiß Vater Staat alles besser?“

Tagung mit Bundesminister Dr. Norbert Röttgen, Generalsekretärin Andrea Nahles und Christian Lindner

Viele Bürger wünschen sich einen allmächtigen Staat, der die Probleme in einer komplexen Welt für sie löst. Doch „Vater Staat“ weiß nicht alles besser. Dies wird offenkundig bei der staatlichen Rolle in der Finanzkrise, aber auch bei manch überflüssigem Einsatz in Normalzeiten, siehe z.B. die EU-Glühlampenverordnungen. In der Sozialen Marktwirtschaft ist ein handlungsfähiger Staat als Rahmensetzer und Schiedsrichter unentbehrlich, als Mitspieler aber überflüssig und überfordert. Diesem Thema widmete sich die Fachtagung der Stiftung Marktwirtschaft am 7. Februar 2012.

Dr. Norbert Röttgen MdB, Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, bezeichnete die Gegenwart als „Zeit mit hohem Ordnungsbedarf“. Doch während die Politik noch stark national ausgerichtet sei, gingen die zu bewältigenden Herausforderungen über die nationale Ebene hinaus, ob es sich nun um die Regulierung der Finanzmärkte oder den Klimawandel handele. Doch müsste diese Situation nicht zu einem Gefühl der Ohnmacht führen: „Wir sind diesen Entwicklungen nicht ausgeliefert, sondern haben es mit einer Wiederentdeckung der Politik zu tun.“

Die Generalsekretärin der SPD, Andrea Nahles MdB, plädierte für einen starken Staat im Dienste der Freiheit und Gerechtigkeit. Die Verringerung der Kluft zwischen Arm und Reich und eine verbesserte Bildungspolitik seien zentrale Anliegen. Denn zu Nahles' Verständnis von Freiheit gehörte nicht nur die Gewährleistung elementarer Grundrechte, sondern auch soziale Bürgerrechte und Chancengleichheit: „Freiheit ist nicht nur Freiheit von etwas, sondern Freiheit zu

etwas, nämlich zu einem selbstbestimmten Leben, unabhängig vom sozialen Status der Eltern.“

Die Soziale Marktwirtschaft sei sowohl national von Vertrauensverlust bedroht, als auch international vom chinesischen Wirtschaftsmodell herausgefordert, wie Christian Lindner MdB, ehemaliger Generalsekretär der FDP, feststellte. Er forderte eine offensive Verteidigung dieser Ordnung, die auf der individuell verantworteten Freiheit basiert, „weil die Soziale Marktwirtschaft die beste Verbindung von Dynamik, Wohlstand und sozialem Ausgleich ist“. Deshalb schlug Lindner ihre konstitutive Verankerung im Grundgesetz vor.

Prof. Dr. Lucia A. Reisch (Copenhagen Business School) erläuterte dem Publikum, dass Konsumenten systematisch nicht rational entscheiden: „Die gesellschaftliche Regulierung durch „Nudging“, also das Anstoßen von Entscheidungen, unterstützt die Menschen dabei, die Entscheidungen zu treffen, die sie eigentlich treffen wollen, aber nicht treffen können.“ Prof. Dr. Juergen B. Donges, langjähriges Mitglied im Kronberger Kreis, kritisierte indessen die Neigung zu Paternalismus, der zu Auswüchsen staatlicher Überregulierung, z.B. in der Umwelt- und Verbraucherschutzpolitik führe. Er plädierte für „einen starken Staat, der verlässliche Regeln etabliert – und sich auch daran hält.“

web

Den Bericht zur Tagung „Sanfter Diktator“ finden Sie auf unserer Homepage: www.stiftung-marktwirtschaft.de.



Das Podium (v.l.): Christian Lindner MdB, Andrea Nahles MdB, Dr. Ursula Weidenfeld, Dr. Norbert Röttgen MdB, Prof. Dr. Michael Eilfort. Auf dem Bild fehlen: Prof. Dr. Lucia A. Reisch und Prof. Dr. Juergen B. Donges.

Zur Person

Joachim Gauck
Richtiger Mann
zur richtigen Zeit



© Presse- und Informationsamt
der Bundesregierung

Für das entscheidende Momentum für Joachim Gauck verdient die FDP besonderen Respekt. Bestätigt fühlen darf sich auch die breite Mehrheit der Bundesversammlung aus Rot, Grün, Schwarz und Gelb. Nach 100 Tagen wird die Amtsführung allseits als so überzeugend bewertet, dass schon immer alle für den Bundespräsidenten Gauck waren – was kann es Besseres geben? Wir sind vom Auftreten unseres Staatsoberhauptes beeindruckt – und besonders froh über den zielführenden Hinweis, dass die Energiewende nicht allein mit „planwirtschaftlichen Verordnungen“ gelingen werde, „und schon gar nicht mit einem Übermaß an Subventionen“. Schön, dass die Dinge klar ausgesprochen, für Deutschland zukunftsrelevante Fragen auf die Tagesordnung gesetzt und größere Zusammenhänge deutlich gemacht werden.

Petra Roth
Frankfurter
Betonmischung



© Stadt Frankfurt am Main

Allen Kommunen in Deutschland geht es besser. Weil der Bund, der finanziell eigentlich schlechter dasteht, via Bundesrat bei Hartz IV 2011 und Fiskalpakt 2012 genötigt wurde, erst die Kosten für die Grundsicherung im Alter, nun die Lasten u.a. für Eingliederungshilfen zu übernehmen. Trotzdem geht es der Mehrzahl der Kommunen nicht gut und ändert sich nichts an der unfairen Chancenverteilung zwischen ihnen. Für Frankfurt hat die ausscheidende Oberbürgermeisterin viel erreicht – zu viel: So ist das Abendroth am Main auch eine Chance für Ruhr- und Ostkommunen, für mittlere und kleinere Gemeinden, die unter dem Gewerbesteuer-Egoismus einiger Großstädte leiden. Petra Roth hat im Zusammenspiel mit ihrem Münchener Kollegen den Westdeutschen Großstadttag zum Lobbybüro für ein Dutzend Oberbürgermeister umfunktioniert, jede Veränderung für nachhaltigere und gerechtere Kommunalfinanzen blockiert und mehr Transparenz abgewehrt. Wieso dürfen Bürger nicht wissen, dass sie Einkommensteuer an ihre Wohngemeinde zahlen? Damit Kommunalfunktionäre ungestört jammern und auf Bund und Länder schimpfen können?

Bernd Neumann
Besitzstands-
wahrungs-
beauftragter



© REGIERUNG
Online/Kugler

Staatsminister Bernd Neumann ist als Vetospieler im Kanzleramt ein weiterer herausragender Repräsentant der Besitzstandswahrungsrepublik. Alles soll bleiben, wie es immer war. Das muss nicht schlecht sein. Allerdings kämpft Neumann nicht für Werte und Prinzipien, sondern für Subventionen, ob es um zweifelhafte Filmförderung oder eine Mehrwertsteuersubvention für den Kunsthandel geht. Da die Bundesregierung eine größere Mehrwertsteuervereinfachung scheut, hatte Brüssel auf den europarechtswidrigen Zustand hingewiesen, dass der deutsche Kunsthandel vom niedrigen Mehrwertsteuersatz 7% profitiert. Dem Europarecht einfach zu folgen, war für Neumann undenkbar. So hat er sich mit dem Kulturausschuss des Bundestages zum Lobbyisten („Kulturation Deutschland in ihrem Wesenskern bedroht“) u.a. von Galeristen gemacht und den Bundesfinanzminister bedrängt, 60 Millionen Mehreinnahmen wieder „zurückfließen“ zu lassen. Sind Subventionen ein Rechtsanspruch? Wir haben's ja. Da könnte Neumann dann auch gleich daran gehen, für demografisch bedeutsame Kinderwindeln den ermäßigten Satz oder eine Sonderförderung durchzusetzen. Was nützt die Kunst, wenn keiner mehr da ist, um sie wahrzunehmen?